

Menschenrechte in Südostasien

Wenn von Südostasien die Rede ist, spricht man meistens von "Zukunftsregion", von Investitionschancen und Absatzmärkten. Die Regierungen der Länder dieser Region haben es bisher gut verstanden, bei westlichen Medien und Politikern den Eindruck stabiler politischer Verhältnisse und eines günstigen Investitionsklimas zu vermitteln. Gerade auch Malaysia und Singapur gelten nicht wenigen Beobachtern als Musterbeispiele demokratischer Länder. Dieses Bild zu bestätigen und nach Möglichkeit noch mehr Investitionen in ihren Staaten anzuregen, waren die Außenminister der sechs ASEAN-Länder (Brunei, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Thailand) Anfang Mai nach Düsseldorf gekommen, um sich mit ihren 12 EG-Amtskollegen zu treffen.

Daß es sich aber bei diesem offiziell gepflegten Image ökonomischer Prosperität und politischer Stabilität nur um einen sehr verengten Ausschnitt aus der Wirklichkeit Südostasiens handelt, davon konnte man sich während einer Anhörung über Menschenrechte in Südostasien überzeugen, die quasi als Gegenveranstaltung parallel zum Außenministertreffen ebenfalls in Düsseldorf stattfand.

Verschiedene Gruppen aus Menschenrechts- und Solidaritätsarbeit hatten eingeladen, um Menschenrechtsaktivisten aus den ASEAN-Ländern Gelegenheit zu geben, eine breitere Öffentlichkeit über politische Verfolgung und die Verletzung der Grundrechte in ihren Ländern zu informieren. VertreterInnen solcher Gruppen aus Thailand, Singapur, West-Papua, Osttimor, Philippinen sowie die Vertreterin einer Aktionsgruppe gegen Frauenhandel berichteten in z.T. sehr eindrucksvollen Beiträgen über staatliche Gewalt und Repressionen. Besonders prägte sich der Trauergesang ein, mit dem die west-papuanische Gruppe Sampari den Tod einer Mutter und ihres ungeborenen Kindes beklagte, die von indonesischen Militärs umgebracht worden waren.

Während der erste Teil der Anhörung den Berichten der Menschenrechtsaktivisten vorbehalten war, sollte nach der Pause versucht werden, die Beziehungen der EG zu ASEAN aufzuzeigen und die Verantwortlichkeiten und Einwirkungsmöglichkeiten der EG-Staaten deutlich zu machen. Zu diesem Zweck hatten sich je zwei Abgeordnete der Grünen und der Sozialisten/Sozialdemokraten aus dem Europaparlament bzw. dem Bundestag zusammen mit der Generalsekretärin der deutschen Amnesty-Sektion auf dem Podium eingefunden. In der Sache war man sich einig: die Anklage der Menschenrechtsverletzungen in Südostasien. Die Diskussion litt jedoch etwas darunter, daß kein Vertreter der Exekutive (EG-Kommission, Bundesregierung) oder der sie tragenden Kräfte anwesend war, so daß die Adressaten für diese Anklage fehlten. So blieb es bei einem freundlichen Rundgespräch ohne erhellende Kontroverse.

"Anhörung" als Aktionsform

Wie war's? – Was hat's gebracht? –: Diese Fragen stellen sich immer und sofort, wenn eine Aktion, eine Veranstaltung zu Ende ist. Das bedeutet auch, daß man die "Anhörung" als Aktionsform auf ihre Möglichkeiten hin befragt. Zur Anhörung eingeladen waren

Multiplikatoren: Journalisten, Parlamentarier, Wissenschaftler mit dem regionalen Schwerpunkt sowie Solidaritäts- und Menschenrechtsgruppen, die zu den Ländern arbeiten. Gekommen waren aus diesen Kreisen einige Leute, vorwiegend aber solche, die im Grunde wußten, warum es ging, die informiert waren – also Insider. Damit konnte man rechnen. Dieser Kompetenz des Publikums entsprach aber weder seine eigene Beteiligung an der Veranstaltung noch deren gesamter Verlauf: Eine Anhörung im strengen Sinne des Wortes war sie nicht.

Das Charakteristische einer Anhörung, daß kompetente Sachkenner (hier die Menschenrechtsaktivisten aus SOA) zu einer bestimmten Thematik, nämlich Menschenrechtsverletzungen, gezielt befragt werden, fehlte. Angeboten wurde diese Fragemöglichkeit zwar im Verlauf des Vormittags, aber weder schien der Anhörungscharakter im Programm konzeptionell angelegt zu sein, noch schienen sich die Besucher auf Fragen eingestellt zu haben.

Die Aktivisten aus den ASEAN-Ländern boten in ihren Statements - unbestritten notwendig - eindrucksvolle Schilderungen von Verfolgung und Unterdrückung in ihren Ländern. Damit brachten sie aber keine neuen oder spezielleren Informationen über die Lage in den Ländern und nur selten Bewertungs- und Einschätzungsmaßstäbe, die für die Arbeit in der BRD nötig wären. Die seltene Gelegenheit für Menschenrechtsgruppen in der BRD, mit Aktivisten und Betroffenen aus den Ländern, "für die sie arbeiten", ins Gespräch zu kommen, über politische Einschätzungen und Vorgehensweisen zu diskutieren, blieb so m.E. ungenutzt.

Wie stand es dann mit der Außenwirkung? Vor dem Beginn der eigentlichen Anhörung wurde eine Pressekonferenz abgehalten, auf der den Journalisten Gelegenheit gegeben war, direkt Fragen an die Gäste aus Asien zu stellen. Aber das Interesse an einer solchen Möglichkeit war leider nicht sehr groß. Während der Anhörung selbst konnte man einige Fernseheteams bei der Arbeit sehen, Journalisten bei Interviews beobachten. Das tatsächliche Echo in den Medien war dann jedoch eher gering.

Also: Keine Lobby für die Menschenrechte in Südostasien?

Alles in allem hat die Anhörung gezeigt, daß das öffentliche Interesse in der BRD für die ökonomische und politische Situation in den Ländern Südostasiens recht schwach ist. Eine Lobby, die über den Kreis der Veranstalter hinausginge, gibt es wohl nicht.

Was der deutsche Außenminister von der deutschen Wirtschaft in Hinblick auf ASEAN einforderte, nämlich mehr Engagement, müßte man nicht in Richtung Investitionen fordern, sondern in Richtung eines politischen und ethischen Bewußtseins. Aber wie schwer sich deutsche Firmen mit der Anerkennung der einfachsten Grundrechte tun, kann man in Südafrika beobachten. Die Forderung Genschers nach verstärkten Investitionen in Südostasien ist gleichzeitig ein Aufruf zur Unterstützung der repressiven Regime in diesen Ländern.

Aber die ASEAN-Staaten spielen nicht nur im Bewußtsein der Unternehmer eine Nebenrolle, sondern auch in den Kreisen der politisch Interessierten in der BRD. Während die politischen Verhältnisse in den lateinamerikanischen Ländern mehr oder weniger geläufig sind, es keine allzu große Mühe macht, Solidaritätsaktionen für diese Länder auf die Beine zu stellen, gehören asiatische Staaten in der politischen Geographie vieler Linker zur "Peripherie". Das Bewußtsein – nicht nur – dieser Leute zu ändern, ist eine wichtige Aufgabe. Ob sie aber durch eine Aktionsform wie der "Anhörung" wirkungsvoll gelöst werden kann, scheint mir nach den Erfahrungen in Düsseldorf zumindest fraglich.

Man sollte überlegen, wie solche Veranstaltungen stärker auf die Bedürfnisse der Soli-Gruppen ausgerichtet werden könnten, d.h. wie der Dialog zu fördern wäre. Getrennt davon sollten zu bestimmten konkreten Anlässen (z.B. EG-ASEAN-Treffen) gezielte Aktionen (Pressekampagne, Mahnwache etc.) veranstaltet werden. Die hätten dann mindestens genauso viel Öffentlichkeitswirksamkeit wie diese mit Bedacht und Sorgfalt vorbereitete Anhörung.

Felix Fuchs



Kulturgruppe Sampari aus West-Papua. Foto: Suparb/PastQng